



28.01.2020

IG Metall will um Jobs in Region kämpfen

GEWERKSCHAFT Neuer „Küste“-Bezirksleiter Daniel

Friedrich fordert von Arbeitgebern klare Konzepte

In der Tarifrunde unterstützt er den Kurs des Bundesvorstands. Der will auf konkrete Lohnforderungen verzichten.

VON RÜDIGER ZU KLAMPEN
UND JÖRG SCHÜRMEYER

OLDENBURG/GROßENKNETEN/VAREL – Der Bezirk Küste der IG Metall unterstützt den – unkonventionellen – Vorstoß des Bundesvorstandes, ohne konkrete Lohnforderung in die neue Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie zu gehen und stattdessen auf ein „Moratorium für einen fairen Wandel“ zu setzen. „Wir gehen diesen Weg mit“, sagte der neue Bezirksleiter Daniel Friedrich (44) am Montag im Gespräch mit unserer Zeitung. „Jetzt sind die Arbeitgeber gefordert.“

Zur IG Metall Küste gehören auch das Oldenburger Land und Ostfriesland. Am Montagabend fand eine Regionalversammlung (von mehreren im Küsten-Bezirk) zur neuen Vorgehensweise in Großenkneten (Kreis Oldenburg) statt. Nächste Woche sollen sich die Arbeitgeber erklären. Dann könne es „so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch gehen“.

Die IG-Metall-Spitze hatte in der vergangenen Woche ihre Bereitschaft erklärt, „unmittelbar in die Tarifverhandlungen zu einem Zukunftspaket einzusteigen“. Die Arbeitgeber müssten sich bereit erklären, „keine einseitigen Maßnahmen zum Personalabbau, zu Ausgliederungen,

zur Verlagerung von Produkten und zur Schließung von Standorten zu ergreifen“.

Als Hintergrund gelten die schwächere Konjunktur, aber gerade auch strukturelle Herausforderungen wie Digitalisierung oder Wandel zur E-Mobilität – der etwa bei den Autozulieferern viele Stellen gefährdet. Der Gewerkschaft geht es u.a. um einen „Instrumentenkasten“ zur Beschäftigungssicherung und Qualifizierung, aus dem man sich auf Betriebsebene bedienen könne. „Da sind beide Seiten gefordert“, so der „Küste“-Chef.

Friedrich stellte aber klar, dass es neben Konzepten zur Zukunftssicherung auch eine Lohnsteigerung geben muss: „Ohne mehr Geld wird's nicht gehen.“

Zu Brennpunkten im Nordwesten sagte Friedrich:

■ VAREL: FLUGZEUGBAU

Bei der von Thyssen-Krupp Aerospace angekündigten Schließung des Standortes Varel mit 229 Beschäftigten sei „das letzte Wort noch nicht gesprochen“, sagte er. „Wenn wir jetzt nicht langsam Signale kriegen, wie man das Thema gemeinschaftlich lösen kann, dann werden wir um den Konfliktweg nicht herumkommen.“ An dem Standort wurden bislang für den benachbarten Airbus-Zulieferer Premium Aerotec Teile für den Airbus A380 produziert. Airbus stellt das Modell ein.

Friedrich sagte über Airbus: „Für die Beschäftigten ist Standortsicherung klar das Thema Nummer eins, trotz voller Auftragsbücher.“ Das ergab eine Umfrage.

■ AURICH: WINDENERGIE

„Enercon hat Fehler gemacht, auch bei der Produktgestaltung. Hinzu kommen die Rahmenbedingungen in Deutschland, die einem stärkeren Ausbau entgegenstehen“, sagte Friedrich. „Wenn beim Windkraftanlagenbau 1000 Meter Abstand zu Wohnhäusern eingehalten werden muss, kann man auch sagen: Wir wollen gar keine Windkraft“. Der deutsche Markt sei wichtig. Wenn es hier laufe, könne man auch im Ausland erfolgreich sein. Friedrich forderte klare Firmenstrukturen für Enercon, mit Betriebsräten. „Dann können wir überlegen, wie wir gemeinsam vorgehen“. Die Politik müsse den Rahmen verbessern und auch Forschung fördern.

■ EMDEN: SCHIFFBAU

Die europaweite Ausschreibung des Mehrzweckkampfschiffes 180 und die folgende Vergabe ins Ausland sei ein Fehler gewesen, meinte Friedrich. So etwas würde „kein zweites Land in Europa machen“, das eigene geeignete Werften habe. Wichtig sei nun, „Klarheit“ zu den Arbeitspaketen für deutsche Werften zu bekommen. Er hoffe, dass für Thyssen-Krupp Marine Systems in Emden Beiträge zur Konstruktion ein Thema würden. Wichtig sei generell, dass für den deutschen Schiffbau nicht nur das Zusammenschweißen von Rümpfen bleibe. Der Bund müsse Signale geben, dass der Marineschiffbau als Schlüsselbranche gesehen wird.